

Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der European
Confederation of Police (EuroCOP)



Landesbezirk Berlin

Landesbezirksvorstand

Presse- und

Öffentlichkeitsarbeit

Annika Schulze

Kurfürstenstraße 112

10787 Berlin

Telefon 030 210004-13

Telefax 030 210004-29

Mobil 0151 11280361

schulze@gdp-berlin.de

PRESSEMITTEILUNG

19.10.2015

Friedliche Klärung statt Grenzzäune

GdP: Bürokratieabbau und menschenfreundlichere Verfahren nötig

Berlin. Die Berliner GdP-Landesbezirksvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Kerstin Philipp hat der Forderung nach einem Grenzzaun zu Österreich eine klare Absage erteilt. Einen Stacheldrahtzaun gegen Flüchtlinge dürfe es „in keinem Fall“ geben, sagte sie im Gespräch mit dem Fernsehsender N24. Stattdessen sei die Gesellschaft gefordert, Ideen zum Umgang mit der schwierigen Situation zu entwickeln. „Die Mitte der Gesellschaft will eine friedliche Klärung, nicht immer Zäune“, sagte sie.

Man müsse nun ernsthaft an Lösungsvorschlägen arbeiten, statt jede Woche eine andere Idee zu haben, die noch dazu nicht praktikabel sei. Deutschland verfüge schlicht nicht über genug Polizisten, um einen derartigen Grenzzaun zu sichern. „Man kann die Kollegen nicht an drei Orten gleichzeitig einsetzen“, gab sie zu bedenken.

Zügigere und menschenfreundlichere Verfahren

Ein vielversprechender Lösungsansatz könne dagegen eine Vereinfachung der Verfahren im Umgang mit Flüchtlingen sein. „Wir haben in Deutschland das Problem, dass wir sehr bürokratisch sind. Das muss zügiger gehen und auch menschenfreundlicher“, mahnte sie.

Am Wochenende hatte bereits der stellvertretende Bundesvorsitzende der GdP, Jörg Radek, die Idee eines Grenzzauns als „unverantwortliches Spiel mit dem Feuer“ bezeichnet. Derartige Forderungen befeuerten die „Krawallstimmung der Rechten“ und erschwerten damit die Arbeit der Polizei.

Der Landesbezirk Berlin der Gewerkschaft der Polizei ist die mitgliederstärkste Vertretung von Angestellten und Beamten in der Polizei, bei der Feuerwehr, im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) sowie in den Ordnungs- und Bürgerämtern der Bezirke. Die Gewerkschaft setzt sich insbesondere gegen den Personalabbau und eine Privatisierung der öffentlichen Sicherheit ein und macht sich für eine moderne Hauptstadtpolizei und -verwaltung mit zeitgemäßer Ausrüstung, einer gerechten und angemessenen Bezahlung sowie attraktiven Ausbildungsmöglichkeiten stark.